

Zur Dialektik von internationalen und nationalen Interessen - Teil II

Lenin kontra Kautsky und Trotzki

Von Prof. Dr. G. Handel und Prof. Dr. G. Harder, Franz-Mehring-Institut

„Solange nationale und staatliche Unterschiede zwischen den Völkern und Ländern bestehen — diese Unterschiede werden sich aber nach sehr, sehr langer, sogar nach der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats im Weltmaßstab erhalten — erfordert die Einheitlichkeit der internationalen Taktik der kommunistischen Arbeiterbewegung aller Länder nicht die Beseitigung der Mannigfaltigkeit, nicht die Aufhebung der nationalen Unterschiede (das wäre im gegenwärtigen Augenblick eine sinnlose Phantasterei), sondern eine solche Anwendung der grundlegenden Prinzipien des Kommunismus... bei der diese Prinzipien im einzelnen richtig modifiziert und den nationalen und nationalstaatlichen Verschiedenheiten richtig angepaßt, auf sie richtig angewandt werden.“ (W. I. Lenin: Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: Werke, Band 21, Seite 79).

Hier unterzog sich Lenin zweieinhalb Jahre nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im Interesse der internationalen Arbeiterbewegung der komplizierten Aufgabe, das Verhältnis von Einzelem, Allgemeinem und Besonderem zu untersuchen. Da der Sozialismus erst kurze Zeit und für eine längere historische Periode nur in einem Land praktisch errichtet werden konnte, war die Analyse der Beziehungen von internationalen und nationalen Interessen als Ausdruck des Verhältnisses von Einzelem, Allgemeinem und Besonderem mit größter Behutsamkeit vorzunehmen. Beim Studium der Beziehungen von internationalen und nationalen Interessen ließ sich Lenin stets davon leiten, daß die internationalen Interessen der Arbeiterbewegung höher stehen als die Interessen der nationalen Arbeiterbewegung im jeweiligen Land. Die spezifischen und besonderen Interessen der nationalen Arbeiterbewegungen und der einzelnen Länder müssen also vom Standpunkt der internationalen Interessen der Arbeiterbewegung betrachtet werden. „Das Nationale Besondere, das nationale Spezifische beim konkreten Herangehen jedes Landes an die Lösung der einheitlichen internationalen Aufgabe, an den Sieg über den Opportunismus und den linken Doktrinismus innerhalb der Arbeiterbewegung, ist den Sturz der Bourgeoisie, an die Errichtung der Sowjetrepublik und der proletarischen Diktatur zu erforschen, zu studieren, herauszufinden, zu erraten und zu erschließen — das ist die Hauptaufgabe des historischen Augenblicks...“ schrieb W. I. Lenin in „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus“.

Ein Beispiel genauer marxistischer Analyse der internationalen und nationalen Interessen der Arbeiterbewegung ist die Auseinandersetzung Lenins mit Karl Kautsky. Bekanntlich machte Kautsky den Bolschewiki den Vorwurf, sie wollten den Sozialismus ohne ökonomische Voraussetzungen zum Siege führen und machten deshalb den Sieg des Sozialismus in einem Lande vom Beginn der sozialistischen Revolution in anderen Ländern abhängig.

Die Tatsache, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zunächst in einem ökonomisch rückständigen Land begann, nahm und näherte rechte sozialdemokratische Führer zum Anlaß, den Sozialismus in den Augen der Werktätigen herabzusetzen.

Kautsky wie andere sozialdemokratische Führer traten dabei für einen „besseren“ Sozialismus, für einen „leichteren“ Weg zum Sozialismus den Worten nach ein. Ihre Taten aber sind eine Politik der Verwirklichung des Imperialismus und der Anpassung an ihn. (Vgl. W. I. Lenin „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“.)

Die Geburt eines opportunistischen Arguments

Mit dem Eintritt des realen Sozialismus in die Menschheitsgeschichte wurde zugleich das opportunistische Argument geboren, den realen Sozialismus mit einem „besseren“ Sozialismus zu bekämpfen. Derartige „Vertreter“ des Sozialismus werden naturgemäß von der imperialistischen Bourgeoisie gefördert, denn vor den realen Sozialismus bekämpft, ist für das imperialistische Herrschaftssystem unentbehrlich. Im Gegenteil, solche Opportunisten werden benötigt, um den Weg zum Sozialismus für die Werktätigen schwerer durchschaubar zu machen. Gegenwärtig bietet deshalb

die imperialistische Bourgeoisie ganze Scharen von Vertretern eines sogenannten „besseren“ Sozialismus auf, um die Autorität des realen Sozialismus herabzusetzen. Sie verfechten damit zugleich den Antisozialismus und Nationalismus. Dieser Kraftaufwand spricht aber nur für die Autorität des realen Sozialismus und zeigt die Krise des Imperialismus und des Opportunismus, der der Menschheit auch nicht eine einzige tragende Idee schenkte.

Eine richtige Beurteilung der nationalen Interessen der Arbeiterbewegung und des jeweiligen Landes ist seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution nur vom Standpunkt der Anwendung und Verteidigung des realen Sozialismus möglich. W. I. Lenin antwortete deshalb auch Kautsky auf dessen nationalistische Phrase: „Nicht vom Standpunkt meines Landes darf ich urteilen (denn so urteilt ein kläglicher Dummkopf, ein nationalistischer Spießbürger, der nicht versteht, daß er ein Spießbürger in den Händen der imperialistischen Bourgeoisie ist), sondern vom Standpunkt meiner Teilnahme an der Vorbereitung, der Teilhabe an der Beschleunigung der proletarischen Weltrevolution.“ (Ebenda)

Was nun das Interesse der Bolschewiki am Beginn der sozialistischen Revolution in anderen Ländern betraf, so ergab sich das aus der Tatsache, daß kurz nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in mehreren Ländern eine revolutionäre Situation entstand. Kautsky und andere sozialdemokratische Führer nahmen in dieser Situation nicht das Opfer auf sich, im Interesse der internationalen Arbeiterbewegung und der Sicherung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution an der beginnenden Revolution in eigenen Lande teilzunehmen, und soweit sie das taten, übten sie Veragt. So erwies sich schon in dieser Zeit die Vertreter eines „besseren“ Sozialismus in der Regel nicht nur als Gegner des realen Sozialismus in der Sowjetunion, sondern als Feinde revolutionärer Umwälzungen im eigenen Land. Dahin hatte sie der Nationalismus geführt. Die Politik der Bolschewiki dagegen war „die einzig internationalistische Taktik, denn sie bewirkte ein Höchstmaß dessen, was in einem Lande für die Entwicklung, Unterstützung und Entfaltung der Revolution in allen Ländern durchführbar ist.“ (Ebenda)

Die Strategie und Taktik — den Sozialismus in einem rückständigen Land zuerst zu errichten — war deshalb von Erfolg gekrönt, weil die Bolschewiki die allein gültigen Grundsätze des Marxismus-Leninismus unter den konkret-historischen Bedingungen realisierten und den Opportunismus bekämpften. Dadurch vor allem wurde die Sowjetunion von ihrem schwierigen Ausgangspunkt her zur Hauptkraft des Sozialismus.

Dieser Weg war erfolgreich, weil die KPdSU in ihrer Politik stets vom Vorrang der Interessen der internationalen Arbeiterbewegung ausging und die Interessen des realen Sozialismus mit diesen gemäß der jeweiligen konkreten Situation verband. Kautsky und seine Nachfolger versanken dagegen in den

Sumpf des Antikommunismus und des Nationalismus.

Die Tatsache, daß der Sozialismus zuerst in einem ökonomisch rückständigen Land aufgebaut wurde, war nicht nur der Ausgangspunkt für rechte Opportunisten, ihn zu bekämpfen. Der gleiche Ausgangspunkt wurde von „linken“ Opportunisten zur Propagierung der permanenten Revolution benutzt. Trotzki verflüchtete als ein solcher linker Opportunist Marxens Auffassung von der permanenten Revolution und konstruierte in dieser Frage einen Gegensatz zwischen Marx und Lenin. Marx habe mit seiner Auffassung, daß der Sozialismus die Permanenz der Revolution bis zur Abschaffung der Klassenunterschiede sei, die Interessen der Arbeiterklasse am weitestgehenden erfüllt. Nun verstand Marx darunter nicht nur den Verlauf der sozialistischen Revolution, sondern vielmehr die Abgrenzung der sozialistischen Revolution von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Auffassungen über die Revolution. Bestimmte bürgerliche Gruppierungen, die die Überspitzungen des Kapitalismus bekämpften, begrenzten politische Umwälzungen auf das Ausschleichen von Personen im bestehenden kapitalistischen Herrschaftsapparat. Übrigens ist das in unserer Zeit in einigen Ländern zu beobachten. Kleinbürgerliche Kräfte tun etwas ähnliches. Sie stimmen in der Regel einer kleinbürgerlich-demokratischen Umwälzung zu, möchten aber die ökonomischen Grundlagen des Kapitalismus aus Gründen ihrer eigenen Existenz unangetastet lassen. Gerade Lenin war es, der diesen Gedanken von Marx aufgriff und unter veränderten konkret-historischen Bedingungen in der Weise anwandte, daß die Arbeiterklasse zwar ein Bündnis mit bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräften eingehen sollte, bzw. berücksichtigen muß, wenn und wie diese Kräfte eine Bewegung führen, aber von ihren Klasseninteressen her muß die Arbeiterklasse eine bürgerlich-demokratische oder demokratische Umwälzung zur sozialistischen Revolution weiterführen. Trotzki dagegen entleerte den Begriff der permanenten Revolution, löste ihn von der inhaltlichen Bestimmung des Ziels der sozialistischen Revolution und gelangte auf diese Weise zu einer äußerst vulgären Vorstellung vom Internationalismus.

Als Lenin das Allgemeingültige der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution analysierte, schrieb er: „Natürlich wäre es ein großer Fehler, diese Wahrheit zu überbetonen und sie auf mehr als einige Grundzüge unserer Revolution auszuweiten. Ebenso wäre es verfehlt, außer acht zu lassen, daß nach dem Sieg der proletarischen Revolution, sei es auch nur in einem der fortgeschrittenen Länder, aller Wahrscheinlichkeit ein jäher Umschwung eintreten, daß nämlich Rußland bald danach nicht mehr ein verblüffliches... Land sein wird.“ Aber im gegebenen historischen Zeitpunkt liegen die Dinge nun einmal so, daß das russische Vorbild allen Ländern etwas, und zwar etwas überaus Wesentliches aus ihrer unabweislichen und nicht ferneren Zukunft zeigt.“ („Der linke Radikalismus...“)

Aus dem „gegebenen historischen Zeitpunkt“ wurde eine lange historische Periode (1917-1945). Damit erhielt die Entwicklungsmöglichkeit — Sieg des Sozialismus von Anbeginn neben der Sowjetunion auch in einem ökonomisch fortgeschrittenen Land — keine historische Wirksamkeit. Unter den Bedingungen des Sieges der sozialistischen Revolution in einem Land mußten in der Sowjetunion zunächst die Rückständigkeit, die Folgen des ersten Weltkrieges und des Bürgerkrieges überwunden werden. Die Sowjetunion mußte den Frieden bei kapitalistischer Umkreisung sichern. Das konnte nur durch eine Politik der Erhaltung des Friedens und der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlichen Systemen erreicht werden. Durch den von deutschen Feindschmied aufgezogenen zweiten Weltkrieg bewies die Sowjetunion unter Führung der KPdSU die Überlegenheit des Sozialismus unter den Bedingungen der wohl bisher größten ökonomischen, politisch-moralischen und militärischen Belastungsprobe in der Menschheitsgeschichte.

Durch die Entwicklung des Sozialismus in einem Land über eine relativ lange historische Periode wurde die Sowjetunion zur Verkörperung der internationalen Arbeiterbewegung, wurden die internationalen Grundzüge der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zu den allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus überhaupt. Da die Sowjetunion ein sozialistischer Nationalitätenstaat ist, sammelte sie in dieser Periode bereits umfangreiche Erfahrungen bei der richtigen Verbindung zwischen den allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus und den nationalen Besonderheiten der einzelnen sozialistischen Nationalitäten, bei der richtigen Verbindung von internationalen und nationalen Interessen im Rahmen der UdSSR. Das Studium dieser Erfahrungen ist eine wesentliche Seite für das Studium der Dialektik von Internationalem und Nationalem, von internationalen und nationalen Interessen unter den gegenwärtigen Bedingungen. Gelangten rechte und „linke“ Opportunisten früher vom gemeinsamen Ausgangspunkt her — der Sozialismus könne nicht zuerst in einem, noch dazu rückständigen Land siegen — zum Antisozialismus und Nationalismus, so begründen deren Nachfolger gegenwärtig den Antisozialismus und Nationalismus mit der industriellen Stärke der Sowjetunion. Aber die klassenmäßige Einstellung zur Sowjetunion — das bewies 54 Jahre Sowjetmacht — hing früher wie heute von der Bejahung des realen Sozialismus und nicht von ökonomischer Rückständigkeit oder industrieller Stärke ab.

Die Auswirkung einer gefährlichen Auffassung

Die Gefährlichkeit dieser Auffassung bewies Trotzki selbst bei den Verhandlungen mit den Vertretern des imperialistischen Deutschlands im Jahre 1918. Am 10. Februar 1918 brach Trotzki entgegen einer Direktive Le-

Antwort auf Leserfragen

gibt Dr. jur. P. Terzopoulos, Institut für internationale Studien

Das am 3. September 1971 zwischen der UdSSR, den USA, Großbritannien und Frankreich abgeschlossene Vierseitige Abkommen (Quadrupartite Agreement) über Westberlin ist ein großer Erfolg der von der UdSSR und der DDR beharrlich verfolgten Politik der friedlichen Koexistenz und stellt seinem Wesen nach keine grundsätzliche Statusregelung Westberlins, sondern eine praktische Teilregelung dar. In der Präambel des Abkommens bringen die vertragsschließenden Parteien ihren Wunsch zum Ausdruck, zu praktischen Verbesserungen der Lage „unbeschadet ihrer Rechtspositionen“ beizutragen. Das bedeutet, daß die genannten Mächte ihre Auffassungen zur Rechtsstellung des ehemaligen Großberlins sowie gegenüber Westberlins beibehalten haben. Aus dem zitierten dem damaligen Alliierten während und nach dem zweiten Weltkrieg getroffenen Vereinbarungen geht eindeutig hervor, daß sie zwischen der „obersten Gewalt“ (supreme authority) in Deutschland sowie in den Besatzungszonen und der gemein-

folgende Tatsachen: a) Alle von der Sowjetischen Besatzungsmacht vor der Beteiligung der Westmächte an der Besetzung und Verwaltung Berlins erlassenen Befehle und Anordnungen für ganz Berlin blieben weiterhin in Kraft; b) die Reichsbahnanlagen und das Wasserstraßennetz ganz Berlins blieben in vollem Umfang unter sowjetischer Zuständigkeit; c) die sowjetische Besatzungsmacht erließ auch nach dem Einzug der drei Westmächte in Berlin für die ganze Stadt Befehle und Anordnungen wie z.B. den SMAD-Befehl vom 27. Juli 1945 über die Schaffung von elf deutschen Zentralverwaltungen für die ehemalige Sowjetische Besatzungszone einschließlich Berlins; d) der Alliierte Kontrollrat bestätigte im Februar 1947 in einem Bericht an den Außenministerat, daß Berlin von den vier Mächten besetzt sein, aber gleichzeitig die Hauptstadt der Sowjetischen Besatzungszone ist, daß sie zwischen der „obersten Gewalt“ (supreme authority) in Deutschland sowie in den Besatzungszonen und der gemein-

Historische Aspekte des Westberlin-Problems

samen Besetzung und „Verwaltung“ (Administration) Berlins unterschieden haben. Es wurden vier Besatzungszonen geschaffen, und für Berlin, das Teil der Sowjetischen Besatzungszone war, wurde in Form der Alliierten Kommandantur ein besonderes Verwaltungsorgan geschaffen, das dem Alliierten Kontrollrat untersteht. Die Teilnahme der Westmächte war notwendig, um einerseits die Gleichberechtigung der damaligen Alliierten zu demonstrieren, denn Berlin war immerhin die Hauptstadt des ehemaligen Deutschen Reiches und sollte die Hauptstadt eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands werden, und um andererseits durch einen gemeinsamen Sitz ein einheitliches Vorgehen bei der Durchführung des Potsdamer Abkommens zu gewährleisten. Die Anwesenheit der Westmächte in Berlin war mit der Erfüllung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens eng verbunden.

Im Rahmen der Entfaltung des Kalten Krieges wurden die drei Westsektoren von Großberlin abgepalmt und zu einer Frontstadt gegen die DDR ausgebaut. Die DDR wurde daran gehindert, ihre Hoheitsbefugnisse auch in und gegenüber den Westsektoren auszuüben. Um eine friedliche Lösung des Westberlin-Problems zu ermöglichen, schlug die UdSSR in Absprache mit der DDR vor, im Rahmen eines Friedensvertrages Westberlin den Status einer neutralen und entmilitarisierten Freien Stadt zu geben. Als die Protokollnoten gegenüber der DDR 1961 ihren Höhepunkt erreichten, schloß die DDR zur Gewährleistung ihrer Sicherheit am 13. August 1961 ihre bis dahin offene Grenze. Die DDR machte danach im Interesse des Friedens in Europa ein Zugeständnis, indem sie Westberlin als eine selbständige politische Einheit betrachtete.

Während des Potsdamer Abkommens und des „Abkommens über das Kontrollverfahren in Deutschland“ vom 14. November 1944 von der „obersten Gewalt“ in Deutschland sprechen, die von jedem Oberbefehlshaber in seiner Besatzungszone, von ihnen gemeinsam als Mitglieder des Alliierten Kontrollrates in allen Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten auszuüben sei, spricht Artikel 5 des Abkommens über die Besatzungszonen von der gemeinsamen Leitung der Verwaltung des Gebietes von Großberlin durch die interalliierte Kommandantur, das heißt durch das Vollzugsorgan des Alliierten Kontrollrates. Die Kommandantur besaß nicht einmal Gesetzgebungsgewalt, sondern lediglich die Befugnis zum Erlass von sogenannten Verwaltungsanordnungen. Da Berlin Teil der Sowjetischen Besatzungszone war, erstreckte sich die Hoheit der SMAD auch auf Berlin, soweit nicht eine prinzipielle Zuständigkeit der Alliierten Kommandantur als Verwaltungsorgan vereinbart war.

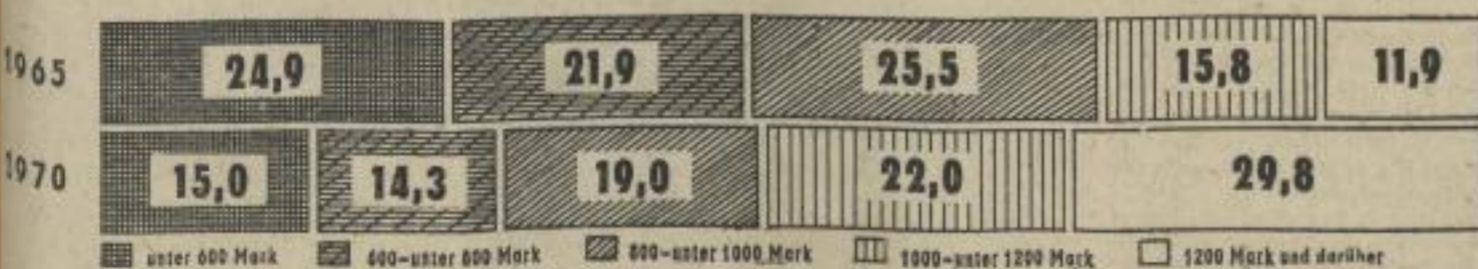
Im Rahmen der Entfaltung des Kalten Krieges wurden die drei Westsektoren von Großberlin abgepalmt und zu einer Frontstadt gegen die DDR ausgebaut. Die DDR wurde daran gehindert, ihre Hoheitsbefugnisse auch in und gegenüber den Westsektoren auszuüben. Um eine friedliche Lösung des Westberlin-Problems zu ermöglichen, schlug die UdSSR in Absprache mit der DDR vor, im Rahmen eines Friedensvertrages Westberlin den Status einer neutralen und entmilitarisierten Freien Stadt zu geben. Als die Protokollnoten gegenüber der DDR 1961 ihren Höhepunkt erreichten, schloß die DDR zur Gewährleistung ihrer Sicherheit am 13. August 1961 ihre bis dahin offene Grenze. Die DDR machte danach im Interesse des Friedens in Europa ein Zugeständnis, indem sie Westberlin als eine selbständige politische Einheit betrachtete.

Von der Zugehörigkeit Westberlins zur ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone zeugen

Seit dem VIII. Parteitag der SED wird Westberlin als eine Stadt mit einem besonderen politischen Status, die niemals zur BRD gehörte und gehören wird, bezeichnet. Westberlin weist als eine Stadt mit einem besonderen politischen Status in wesentlichen folgenden Merkmalen auf: a) Westberlin ist kein Bestandteil der BRD, was auch im Vierseitigen Abkommen eindeutig festgelegt wurde; b) die Westberliner sind keine Staatsbürger der BRD, sondern Bürger der Stadt Westberlin; c) Westberlin entwickelt sich unter der Existenz eines Besatzungsregimes und ist somit ein Besatzungsgebiet.

Entwicklung des Haushaltsnettoeinkommens und des Realeinkommens der Arbeiter und Angestellten

Arbeiter- und Angestelltenhaushalte nach Haushaltsnettoeinkommen in Prozent



Realeinkommen der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte

JE HAUSHALT UND MONAT	1965	1969
Nettogeldeinnahmen	843 M	1005 M
Unentgeltliche Einnahmen aus staatlichen u. betrieblichen Fonds	187 M	248 M
Verfügbares Realeinkommen	1030 M	1254 M

1971-1975: Steigerung des Realeinkommens der Bevölkerung auf 121 bis 123 Prozent

Entsprechend dem Beitrag der Arbeiterklasse an der Schaffung des Nationalreichtums ist ihr Anteil an der Verwendung des Nationaleinkommens weiter zu steigern